

AKDB

Verwaltung braucht Digitalisierung

[26.10.2022] Mehr als 1.100 Besucher und über 50 Referenten kamen beim AKDB Kommunalforum 2022 zusammen, um sich unter dem Titel „digital richtung zukunft!“ über Strategien und Lösungen für die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen auszutauschen.

Am 20. Oktober 2022 fand das fünfte AKDB Kommunalforum ([wir berichteten](#)) statt. Das Science Congress Center Munich auf dem Campus der TU München in Garching stellte den Rahmen für das Treffen von mehr als 1.100 Vertretern der öffentlichen Verwaltung sowie Mandatsträgern von Bund, Ländern und Kommunen aus ganz Deutschland. Nun berichtet die AKDB von der eintägigen Veranstaltung, die im Hybrid-Format stattgefunden hat. Fast 900 Gäste beteiligten sich vor Ort an Diskussionen und Debatten, weitere 250 über den Live-Stream. Auf fünf Bühnen befassten sich rund 50 Experten aus Politik, Wissenschaft und kommunaler IT mit Themen wie durchgängig digitalen Verwaltungsdiensten, Cyber-Sicherheit, Nachhaltigkeit und der Frage, wie flächendeckendes E-Government im Sinne demokratischer, bürgerfreundlicher Prozesse schnell erreicht werden könne. Neben dem Auditorium und vier Fachforen gab es einen Ausstellerbereich, in dem der AKDB-Unternehmensverbund und seine Business-Partner an insgesamt 40 Messeständen Lösungen zeigten. Und auch außerhalb des Vortragsprogramms fanden die Teilnehmer Impulse, Fachinformationen und persönlichen Austausch mit AKDB-Mitarbeitern.

Ab 2025 nicht mehr aufs Amt

Vertreter aus Ministerien und Verbänden diskutierten, wie Pläne von Bund, Ländern und Kommunen bei der OZG-Umsetzung künftig noch besser ineinandergreifen könnten. Als Vision nannte der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer das Ziel, dass 2025 kein Bürger mehr aufs Amt müsse. Der AKDB-Unternehmensverbund fungiere als IT-Dienstleister, Datacenter und Integrator für Lösungen mit kommunalen Bezug, auch auf Landes- und Bundesebene. Digitalisierungsschranken seien nicht in der Technik und selten im Datenschutz zu finden, jedoch häufig in gesetzlichen Vorgaben. Daher brauche es mehr politischen Willen und Durchsetzungskraft, um alte Zöpfe abzuschneiden, forderte Schleyer. In den vergangenen zwölf Monaten seien über die bayerischen Bürgerservice-Portale der AKDB 1,6 Millionen Transaktionen abgewickelt worden. Die Nachfrage bei den Bürgern sei vorhanden, vielfach auch schon die Lösungen. Woran es fehle, so Schleyer, sei die allgemeine Erkenntnis, dass in absehbarer Zeit ohne Digitalisierung viele Verwaltungsaufgaben nicht mehr erledigt werden könnten – auch, weil dafür das Personal fehle.

(sib)